

III Klimakrise, Bevölkerungspolitik und Big Pharma. Vom Ansetzen an globalen Geburtenraten

Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?

Technokratische, rechte und feministische Bezüge auf neomalthusianische Kurzschlüsse

Von Susanne Schultz

»Das Engagement für den Zusammenhang Bevölkerung-Umwelt beruht weiterhin auf hartnäckigen malthusianischen Ideologien. Allerdings sind in einem neuen politischen Klima auch neue Diskurse, Rahmenkonzepte und ideologische Ansätze entstanden [...] Dies zu erforschen, kann als Korrektiv dienen, um Ideen entgegenzutreten, die die Beziehungen zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltproblemen als fixe, lineare und unpolitische Widerspiegelungen der materiellen Welt naturalisieren.« (Sasser 2018: 29f)¹

Ist es in Zeiten der Klimakrise wichtig, Geburtenraten zu senken und für eine zukünftig nicht mehr wachsende oder sogar abnehmende Zahl der auf dem Globus lebenden Menschen zu sorgen? In den letzten Jahren ist häufig ein solcher neomalthusianischer Reflex in der Debatte über die Klimakrise zu beobachten.² Immer wieder neue statistische Berechnungen zirkulieren, die darauf hindeuten, dass die Klimakrise durch das Wachstum der Weltbevölkerung verursacht oder verstärkt wird. Auf der Grundlage dieses Narratives werden dann antinatalistische Strategien zur Geburtenkontrolle als Lösung

1 Übersetzung dieser und aller weiterer englischer Zitate durch d. A. Sassers Buch ist eine wichtige Lektüre zum Weiterlesen zur Thematik Umweltpolitik als Bevölkerungspolitik.

2 In diesem Text verwende ich den Begriff des Neomalthusianismus, um erstens an das »Bevölkerungsgesetz« zu erinnern, das Thomas R. Malthus Ende des 18. Jh. behauptete (Malthus 1998). Die Vorsilbe Neo macht aber deutlich, dass ich mich zweitens genauer auf diejenigen neomalthusianischen Bewegungen des 19. Jh. beziehe, die im Unterschied zu Malthus sozialtechnologische »Lösungen«, sprich Verhütung und Geburtenkontrolle, vorschlugen (vgl. Rainer 2005).

präsentiert. Sehr unterschiedliche politische Akteur*innen lassen sich derzeit auf diese Rationalität und Agenda ein. Untote Geister der ›Bevölkerung‹ und der ›zu hohen Geburtenraten‹ werden wiederbelebt, die untrennbar mit ihrer kolonial-rassistischen und sozialdarwinistischen Geschichte verbunden sind.³ Und technokratische Regierungsphantasien werden mobilisiert, um diese Geister zu beschwören.

Im Folgenden möchte ich mich dieser Wiederbelebung des Neomalthusianismus in drei Schritten annähern: Im ersten Abschnitt zeige ich diverse politische Kontexte auf, innerhalb transnationale als auch deutsche Kontexte. Ich beginne mit den gängigen Argumentationsmustern des *population establishment*, die Familienplanung im Globalen Süden als ›klimaeffiziente‹ Maßnahme identifizieren und eine technokratische ökologische Perspektive vertreten.⁴ Grundlage der Argumentation sind reduktionistische statistische Rationalitäten.⁵ Auf diese Rationalitäten beziehen sich aber auch biopolitische, rechts ausgerichtete Kräfte und ebenso – auf sehr unterschiedliche Weise – einige klimaaktivistische und postfeministische Befürworter*innen eines Gebärstreiks. Im nächsten Abschnitt werde ich drei Dimensionen des neomalthusianischen Operierens mit der Kategorie ›Bevölkerung‹ unterscheiden und auch untersuchen, ob und inwiefern sich die drei vorher dargestellten politischen Kräfte jeweils darauf beziehen. Desweiteren werde ich herausstellen, auf welche Weise diese drei Dimensionen untrennbar miteinander verwickelt sind und aufeinander verweisen. Die erste Dimension fasst die abstrakte statistische Konstruktion eines Zuviels an menschlicher Bevölkerung; die zweite Dimension die historisch tief verwurzelten rassistischen

-
- 3 Mit sozialdarwinistisch meine ich die klassenarrogante Perspektive, die diejenigen, die vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen sind, als ›überflüssig‹ oder als weniger ›überlebensfähig‹ und damit auch als weniger reproduktionswürdig stigmatisiert (auch ohne Rückgriff auf die Dimension einer evolutionären biologischen ›Qualitätsverbesserung‹). Ich verwende einfache Anführungszeichen, wenn ich typische Begriffe aus den Diskursen zu Bevölkerung und Klima markiere und doppelte Anführungszeichen, wenn ich direkt aus der genannten Textquelle zitiere.
 - 4 Der Begriff *population establishment* bezieht sich auf das Netz nationaler Entwicklungsagenturen, multilateraler Organisationen, Think Tanks, Stiftungen und anderer Akteur*innen, das sich seit dem Zweiten Weltkrieg etabliert hat und internationale Bevölkerungsprogramme auf der Grundlage einer gemeinsamen Wissensproduktion über das ›Weltbevölkerungsproblem‹ entwickelte.
 - 5 In Anlehnung an Foucault verstehe ich unter Rationalitäten spezifische epistemologische Zugänge zur Wirklichkeit, die bestimmte politische Strategien als plausibel und rational erscheinen lassen (vgl. Foucault 1991).

und sozialdarwinistischen Zuschreibungen dieses Überschusses an ›Andere‹, deren ›Reproduktion‹ zum Problem erklärt wird. Als dritte Dimension fasse ich sozialtechnologische Planungsvisionen, innerhalb derer ›Fertilität‹ als auf globaler Ebene unmittelbar beherrschbar erscheint. Im Schlussteil verweise ich auf marginalisierte kritische Stimmen und Bewegungen, die sich schon lange gegen diesen neomalthusianischen Reflex eingesetzt haben. Und ich diskutiere eine anti-malthusianische Position zur Klimakrise aus der Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit.

Bevor ich fortfahre, möchte ich kurz darlegen, auf welchen Forschungen und Forschungsperspektiven diese Analyse aufbaut. Hintergrund sind zum einen Arbeiten zur transnationalen Geschichte (post-)kolonialer antinatalistischer Bevölkerungsprogramme (vgl. Schultz 2006; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band), zum anderen Untersuchungen zu Prozessen der Demografisierung des Politischen in der deutschen Familien- und Migrationspolitik (vgl. »Nation und Kinderwunsch«; »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Kurz zusammengefasst bezeichnet das Konzept der Demografisierung die Umdeutung gesellschaftlicher in demografische Krisen, wodurch die Variable ›Bevölkerung‹ ins Zentrum politischer Lösungsansätze gestellt wird (vgl. Einführungstext in diesem Band). Das Konzept biete ich in staats-theoretische Zugänge ein, die Wissensproduktion und Machtverhältnisse in einen engen Zusammenhang stellen (vgl. Schultz 2006; Lemke 2007). Solche Zugänge ermöglichen es zu analysieren, wie demografische Problematisierungen und bevölkerungspolitische Strategien ineinandergreifen (vgl. Hummel 2000; Murphy 2017; McCann 2017). Für eine radikale Kritik bio- und nekropolitischen Machtverhältnisse beziehe ich mich zudem auf die Geschichte antirassistischer und antieugenischer feministischer Analysen und Proteste, wie sie heute zunehmend mit dem Rahmenkonzept der reproduktiven Gerechtigkeit zusammengefasst werden (vgl. Ross 2017). Im Zentrum dieser Analysen stand und steht die Frage, wessen ›Reproduktion‹ vor dem Hintergrund ökonomischer, sicherheitspolitischer oder ökologischer Rationalitäten als wertvoll erachtet und wessen ›Reproduktion‹ als zu vernachlässigen oder gar als schädlich stigmatisiert wurde und wird. Diese Geschichte marginalisierten Wissens erinnert immer auch schmerzlich an gewaltsame und diskriminierende Praktiken, die diese bio- oder nekropolitischen Agenden begleitet haben und begleiten (vgl. Schultz 2006; Wilson 2017; Murphy 2017).

Disparate neomalthusianische Referenzen in Zeiten der Klimakrise

Die politischen Kontexte, innerhalb derer neomalthusianische Narrative zur Klimakrise zirkulieren, sind vielfältig und betreffen antagonistische Kräfte. Dies ist auf den zweiten Blick weniger erstaunlich als auf den ersten. Größe und Zusammensetzung der ›Bevölkerung‹ zur Variable für politische Intervention zu erklären, ermöglicht es schließlich, sie mit so vielen Krisendiagnosen zu verknüpfen, wie es gesellschaftliche Problemlagen gibt. ›Bevölkerung‹ ist insofern ein Passepartout für eine bestimmte Art der Bewältigung nationaler oder globaler Problemlagen, die statistisch willkürlich mit der Anzahl der (zukünftigen) Menschen verknüpft werden können und den Zugriff auf Gebären oder ›Reproduktion‹ als Lösung erscheinen lassen (vgl. Heim/Schaz 1996; Bhatia u.a. 2020). Die Geschichte eines transnational agierenden *population establishment*, wie es sich seit dem Zweiten Weltkrieg konstituiert hat, macht dies sehr deutlich: Das Problem ›Weltbevölkerung‹ untermauerte mal Strategien zum Kampf gegen kommunistische und anticoloniale Aufstände, mal wurde es zur entscheidenden Frage für Armutsbekämpfung und nationale Entwicklung stilisiert, mal galt es als zentral für militärische und sicherheitspolitische Krisennarrative; oder es wurde in den Zusammenhang mit einem höheren sozialen Status oder Empowerment von Frauen gestellt. Das ›Weltbevölkerungsproblem‹ galt zudem schon seit den 1960er Jahren als Hebel, um Strategien zur Eindämmung der globalen Umweltzerstörung zu entwerfen (vgl. Ehrlich 1968; Meadows u.a. 1972; Hartmann 1995; Schultz 2006).

Alte ökotechnokratische Reduktionismen – neu aufgelegt

So ist es kaum verwunderlich, dass sich die transnationale neomalthusianische Wissenselite, die seit Jahrzehnten fest in den Think Tanks, Institutionen und Netzwerken des *population establishment* verankert ist, seit einigen Jahren wieder in der Klimadebatte zu Wort meldet (vgl. Sasser 2018). »Die Bevölkerungsbombe ist zurück, diesmal mit Bezug auf die Erderwärmung«, so warnten die Feministinnen Betsy Hartmann und Elizabeth Barajas-Román bereits im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 (Hartmann/Barajas-Román 2009: 70). Paul Ehrlich, der Autor der »Bevölkerungsbombe« als eines der meistzitierten kolonial-rassistischen Werke des bevölkerungspolitischen Establishments der 1960er Jahre, hatte sich gemeinsam mit Anne

Ehrlich in diesem Zusammenhang erneut geäußert.⁶ Hartmann und Barajas-Román verwiesen unter anderem auf eine Studie der Oregon State University, die 2009 weit verbreitet wurde und typisch für neomalthusianische klimapolitische Narrative ist: Die Studie berechnete als »Kohlenstoffvermächtnis« die Menge an CO₂-Emissionen, die eine Frau bei der Geburt eines Kindes zu verantworten habe und rechnete dies nicht nur für das Kind selbst, sondern auch noch für die Enkelkinder hoch (ebd.: 71). Gleichermaßen typisch verwiesen sie auf eine weitere Studie, die damals vom Optimum Population Trust gefördert wurde. Darin wurde Familienplanung als kosteneffektivste Investition gegen den Klimawandel mathematisch mit den Kosten alternativer Umwelttechnologien verglichen und für kostengünstiger befunden (vgl. WIRE 2009). Seitdem hat sich die These vom Bevölkerungswachstum als zentraler »Faktor« der Klimakrise international verfestigt. So erklärten 2017 mehr als 15 000 Wissenschaftler*innen in einer »Warnung an die Menschheit« das »kontinuierliche rasante Bevölkerungswachstum als Hauptfaktor für viele ökologische und gesellschaftlichen Bedrohungen« (Ripple u.a. 2017: 1026). Gleichermaßen charakterisierte auch der Weltklimarat 2014 »das weltweite Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum« zum »wichtigsten Treiber für den Anstieg der CO₂-Emissionen« (IPCC 2014: 5). Etwas verhaltener agierte dagegen der UN-Weltbevölkerungsfonds, der für die Umsetzung von Bevölkerungsprogrammen auf UN-Ebene zuständig ist. Dies kann als Zeichen gewertet werden, dass ein zu simples neomalthusianisches Narrativ zur Klimakrise trotz vieler Platitüden und einfacher Formeln immer noch umstritten ist. Auch der UN-Fonds bringt allerdings seine antinatalistischen Programme im Globalen Süden mit der Klimakrise in Verbindung, tut dies aber anders und indirekter: Die ebenfalls fragwürdige pauschale These ist hier, dass der Zugang zu Familienplanung zu niedrigeren Geburtenraten führe, was wiederum die Resilienz jener sozialen Gruppen stärke, die von der Klimakrise besonders betroffen seien (vgl. UNFPA 2016).

Am Beispiel der öffentlichen Wissenschaftskommunikation in Deutschland lässt sich zeigen, dass neomalthusianische Narrative tief in den Wissensarchiven eines konservativen und technokratischen umweltpolitischen Mainstreams verankert sind und leicht wiederbelebt werden können. Verwiesen sei etwa auf die auch in Deutschland vielgelesenen »Grenzen des

6 Vgl. Ehrlich 1968; Ehrlich/Ehrlich 2009. Es schien für sie kein Problem darzustellen, dass sich ihre apokalyptischen Vorhersagen in dem Buch »Die Bevölkerungsbombe« nicht bewahrheitet hatten (vgl. Hartmann/Barajas-Roman 2009: 71).

Wachstums« des Club of Rome mit alarmistischen Aussagen zum Bevölkerungswachstum (Meadows u.a. 1972). Der ökologische Katastrophismus, der das Bevölkerungswachstum im Globalen Süden immer wieder mit »Krebszellen« oder »Überschwemmungen« bebilderte, war noch bis zur UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 virulent, verlor aber danach angesichts eher post-katastrophistischer multikausaler Modelle und einer liberal-feministischen Agenda an Bedeutung (vgl. Schultz 2006). Das Bild der Weltbevölkerung als unkontrolliert wachsende »Krebszellen« tauchte jedoch 2014 wieder in der Einleitung zu einer Publikation auf, die von den renommierten Öko-Instituten Wuppertal Institut und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung unterstützt wurde (Gesang 2014: 13).⁷ Auch ein Artikel von 2018 in der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung belebte den neomalthusianischen Katastrophismus neu. Der Autor rief dazu auf, ein »Tabu zu brechen«, und erklärte, das »schnelle Bevölkerungswachstum« sei »einer der großen Antriebe für den Klimawandel« (Müller-Jung 2018). Er bezog sich auf eine Studie u.a. von John Bongaarts, einer der grauen Eminenzen des *population establishment*, die neue Berechnungen zur klimapolitischen Kosteneffizienz von Familienplanung vorlegte (Bongaarts/O'Neill 2018).

Ein neomalthusianischer Durchmarsch durch die deutschen Mainstream-Medien lässt sich allerdings nicht beobachten: Das Terrain bleibt umkämpft, und ab und an gibt es Widerreden gegen zu platte Thesen. Der Berliner Tagespiegel etwa verwies zum Thema »Klimawandel und Bevölkerungswachstum« auf die weltweite Ungleichheit in Bezug auf den durchschnittlichen nationalen CO₂-Ausstoß: »Ein US-Amerikaner verursacht so viel CO₂ wie 581 Burundier.« (Ehlerding 2019)⁸ Das Wochenmagazin Spiegel, bekannt dafür, eher den neomalthusianischen Katastrophismus zu bedienen, erinnerte daran, dass aktuelle UN-Prognosen nicht mehr von einem kontinuierlichen, geschweige denn exponentiellen Weltbevölkerungswachstum ausgehen, sondern davon, dass die Kurve zunehmend abflachen wird (Stöcker 2019).

Insgesamt bewirken solche Gegenstatistiken aber nicht viel: Die neomalthusianischen Gewissheiten sind im wissenschaftlichen und alltäglichen Denken tief verankert. In der Entwicklungspolitik ist die neueste Variante

7 Im März 2022 ermöglichte die Tageszeitung taz Bernward Gesang, sich in einem Debattenbeitrag zu Klimapolitik für eine »Bevölkerungspolitik durch Anreize und Sanktionen« einzusetzen (Gesang 2022).

8 Der Autor verweist auf einen Bericht von Christian Aid über die weltweit ungleiche Verteilung von CO₂-Emissionen (vgl. Ware/Kramer 2019).

etwa das Konzept einer ›demografischen Dividende‹, das auf der Grundlage eines höchst simplen Ökonomismus einen Zusammenhang zwischen nationalem Wirtschaftswachstum und der Bevölkerungsentwicklung herstellt (vgl. Hendrixson/Hartmann 2019; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band). Zu anderen Gelegenheiten verbinden entwicklungspolitische Narrative weiterhin die nationale Bevölkerungsgröße mit Arbeitslosigkeit, mangelnder Gesundheitsversorgung, ›instabilen‹ politischen Verhältnissen oder Migration. In einem solchen Klima der Wiederbelebung endloser statistischer Assoziationen mit der Variable ›Bevölkerung‹ kann der Faktor Klimawandel einfach zur Liste hinzugefügt werden. In den letzten Jahren konzentriert sich der neomalthusianische Diskurs der ›Überbevölkerung‹ dabei vor allem auf den afrikanischen Kontinent. In traditionell kolonial-rassistischer Manier beziehen sich diverse mediale und politische Akteur*innen undifferenziert und pauschal auf den gesamten Kontinent. Dies reicht von den rassistischen Vorstellungen einer entwicklungspolitischen Sprecherin der Partei Die Linke (vgl. Schultz 2019a) über ein Pamphlet zur afrikanischen »Bevölkerungsexplosion«, das auch in linksliberalen Kreisen auf Interesse stieß (Smith 2018; vgl. Brachet 2020) bis zu Expertisen des Think Tank Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (BIBE 2020).⁹

Ein willkommener Bezugspunkt für die Biopolitik der Rechten

Für die erstarkende extreme Rechte in Deutschland, die größtenteils die Klimakrise leugnet, stehen bisher noch die klassischen Referenzthemen Migration und Sicherheit im Zentrum bevölkerungspolitischer Beschwörungen. Das rechte Magazin Cicero schlug etwa »Weniger Geburten für weniger Radikalisierung« als »nachhaltigste Lösung« gegen Terroranschläge vor (Marguier 2016). Und das Parteiprogramm der rechtsgerichteten Partei Alternative für Deutschland erklärte eine »Völkerwanderung historischen Ausmaßes« mit einer »Bevölkerungsexplosion« insbesondere in Afrika (AfD 2016: 59). Aber es

9 Im November 2018 lud die Tageszeitung taz zu einer öffentlichen Veranstaltung über Smiths neomalthusianische Thesen. Generell werden Diskurse über ein ›überbevölkertes Afrika‹ in der deutschen Öffentlichkeit kaum angefochten. Eine Ausnahme war, als Clemens Tönnies, Aufsichtsratsvorsitzender des Fußballvereins Schalke, 2019 vorschlug, wegen der Klimakrise Kraftwerke in Afrika zu finanzieren, damit die Menschen dort aufhören, »wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren«, und Medien dies daraufhin als Rassismus kritisierten (vgl. Zeit 2019).

gibt Anzeichen dafür, dass manche Rechte gerade wegen neomalthusianischer Verlockungen das Leugnen der Klimakatastrophe aufgeben könnten. Eine solche Haltung legte Alan Posener schon aus pragmatischen Gründen in der konservativen Tageszeitung *Die Welt* nahe (vgl. Posener 2019). Er behauptete, der »menschengemachte Klimawandel« werde »von der Überbevölkerung vor allem in Afrika angetrieben« und fragte: »Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?« Schließlich sei es »doch kompatibel mit ihrer Fremdenfeindlichkeit«. Ein Anzeichen dafür war der Aufruf der Berliner AfD-Jugend 2019, das Klimawandelleugnen aufzugeben und stattdessen eine globale Ein-Kind-Politik in Schwellenländern durchzusetzen (vgl. Fiedler/Kieser 2019). In der Rechten gibt es aber nicht nur pragmatische Überlegungen, inwiefern es sich für sie lohnen könnte, das Klimaleugnen aufzugeben, etwa um in Zeiten des Klimaaktivismus Stimmen zu gewinnen. Immerhin ist der Bevölkerungsdiskurs der zentrale narrative Anker der extremen Rechten, der es ermöglicht, völkisches Denken, Antifeminismus und Rassismus durch Tropen wie »Umvolkung«, »Volkstod« oder »Bevölkerungsaustausch« in einen engen Zusammenhang zu bringen (vgl. Botsch/Kopke 2018). Der »Bevölkerungsaustausch« oder »große Austausch«, wie er vom intellektuellen Unterstützer des französischen Front National Renaud Camus eingeführt wurde, wurde zu einem europäischen Referenzsystem der extremen Rechten und Markenzeichen der identitären Bewegung (vgl. Kellershohn 2017). Wie gefährlich eine bevölkerungspolitisch motivierte Klimapolitik der Rechten ist, wird angesichts öko-faschistischer Terroraktivitäten deutlich, in denen das neomalthusianische Narrativ zur Klimakrise mit einer einwanderungsfeindlichen, militaristischen und rassistischen Weltanschauung einhergeht. So erklärte etwa der Mörder von El Paso/USA, der 2019 in einem Walmart-Laden 22 Menschen tötete und mehr als 20 verletzte, er kämpfe gegen die »hispanische Invasion«. Es mache »unsere Lebensweise« »nachhaltiger«, »wenn wir genug Leute loswerden«. Er verwies auf den Mörder von Christchurch/Neuseeland, der sich selbst als »Ökofaschist« bezeichnet und erklärt hatte, dass es »keinen Nationalismus ohne Umweltschutz« gebe (Darby 2019). Die Autorin Naomi Klein kommentierte treffend: »Das einzige, was noch besorgniserregender ist als eine extrem rechte, rassistische Bewegung, die die Klimakrise leugnet, ist eine, die dies nicht tut.« (Klein 2019a)

Aufrufe zu einem feministischen klimaaktivistischen Gebärstreik

Derzeit gibt es jedoch auch in einem politisch diametral entgegengesetzt verteilten feministischen und klimaaktivistischen Milieu Stimmen, die an die neomalthusianische Erzählung anknüpfen.¹⁰ Hier steht nicht der Globale Süden im Zentrum; vielmehr wird die Position vertreten, selbst im Globalen Norden auf das Kinderkriegen verzichten zu wollen oder zu sollen, um etwas gegen die Klimakrise zu tun. In Gesprächen mit einigen Klimaaktivist*innen in Deutschland wird allerdings deutlich, dass sich im Unbehagen zum Kinderkriegen sehr verschiedene Anliegen miteinander vermischen; d.h., längst nicht alle Bezüge zum Gebärstreik sind als neomalthusianisch zu bewerten.¹¹ Mal geht es um die Unsicherheit, ob es Kinder überhaupt zuzumuten ist, in eine bedrohliche Zukunft hineingeboren zu werden. Oder feministische Positionen wenden sich gegen einen Pronatalismus, der gerade für *weiße* deutsche Mittelschichtsangehörige allgegenwärtig ist. Manche Aktivist*innen stellen Kinderkriegen aber auch in den Kontext eines umweltschädlichen individuellen Konsums: Sie fragen sich dann auch, ob das Kinderkriegen nicht für zukünftige CO₂-Emissionen verantwortlich zu machen sei.

Dieses Unbehagen wurde auch von der feministischen britischen Sängerin Blythe Pepino mit ihrer Kampagne BirthStrike artikuliert (vgl. Hunt 2019). Pepino erklärte, sie wolle kein Kind bekommen, um das Weltklima zu schützen und organisierte ein Netzwerk mit gleichgesinnten Menschen. Die Kampagne erhielt enorme internationale Medienaufmerksamkeit (vgl. ebd.; Haas 2019). Auch in Deutschland rief zeitgleich die feministische Autorin Verena Brunschweiler in ihrem Buch »Kinderfrei statt kinderlos« zum Gebärstreik auf (vgl. Brunschweiler 2019). Beide bezogen sich auf eine Studie, welche die

10 Die folgenden Beispiele nehmen Vertreter*innen in den Blick, die sich für eine radikale transformative Politik einsetzen. In einem liberalen feministischen Mainstream gibt es eine lange Geschichte der Zustimmung zu neomalthusianischen Ideen, oft im Namen von Frauenrechten (vgl. Schultz 2010). So tritt etwa Frances Kissling, ehemalige Direktorin von Catholics for Choice, zusammen mit dem utilitaristischen Bioethiker Peter Singer und dem Mitglied des Population Council Jotham Musinguzi für eine neomalthusianische Klimapolitik ein – unter dem Motto: »Über Überbevölkerung zu sprechen ist ein Tabu. Das muss sich ändern.« (Kissling u.a. 2018)

11 Eindrücke sammelte ich 2019 bei Gesprächen mit Aktivist*innen auf Klimacamps und öffentlichen Veranstaltungen. Dabei wurde die Idee eines Gebärstreiks eher von einer Minderheit der Aktivist*innen vertreten.

über Generationen hochgerechneten CO₂-Emissionen von Kindern und Enkelkindern mit den CO₂-Emissionen des Flugverkehrs verglich (vgl. Wynes/Nicholas 2017).¹² Neomalthusianische Lobby-Organisationen wie die in Großbritannien ansässige Population Matters feierten die BirthStrike-Kampagne von Pepino entsprechend als Durchbruch in eigener Sache (Population Matters 2019). Diese versuchte sich zwar von der Vereinnahmung zu distanzieren, musste aber bald eingestehen, dass ihre Kampagne genau deswegen auf internationaler Ebene erfolgreich wurde (vgl. Monbiot 2020):

»Nach einem sechsmonatigen Reflexionsprozess ist uns klargeworden, dass BirthStrike nicht länger als Tool für eine Kampagne gegen den Klimawandel vertretbar ist [...] Wir müssen zugeben, dass wir die Macht der ›Überbevölkerung‹ unterschätzt haben. Diese Art, den Zusammenbruch des Klimas zu leugnen, gewinnt an Bedeutung, und dies sogar unter anerkannten Wissenschaftler*innen und klimaaktivistischen Mitstreiter*innen.« (BirthStrike 2020)

Auch die feministische posthumanistische Theoretiker*in Donna Haraway stellte in ihren jüngsten Veröffentlichungen den Zusammenhang zwischen Weltbevölkerungszahl und Klimawandel her. Mit ihrem Aufruf »Make Kin not Babies« vermischte sie die unterstützenswerte feministische Forderung, Wahlverwandtschaften der bio-genetischen Familie vorzuziehen, mit der Forderung, globale Bevölkerungszahlen drastisch zu reduzieren (Haraway 2015: 161). Ihres Erachtens sollte die Zahl der derzeit sieben Milliarden auf der Erde lebenden Menschen auf zwei bis drei Milliarden reduziert werden; dies stelle eine dringende Alternative zu den zukünftigen elf Milliarden Menschen dar, die Haraway den UN-Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2100 entnommen hatte (vgl. Haraway 2015, 2018: 74; Strathern u.a. 2019: 171).¹³ Ähnlich wie

12 Der Vergleich, den Seth Wynes und Kimberley Nicholas zwischen Fliegen und der Geburt eines Kindes ziehen, ist problematisch. Sie kommen auf 1,6 Tonnen CO₂-Äquivalent-Emissionsreduzierung beim Verzicht auf Fliegen und auf 58,6 Tonnen beim Verzicht auf ein Kind, indem sie erstens individuelle durchschnittliche CO₂-Emissionen pro Jahr und Kopf für die Industrieländer USA, Russland und Japan zur Grundlage nehmen und zweitens Emissionen zukünftiger Enkel und weiterer Generationen mit einbeziehen (basierend auf einer Studie von Murtaugh/Schlag 2009, vgl. Quarks 2019).

13 Haraway berücksichtigte nicht, dass solche sehr langfristigen Projektionen bis 2100 höchst spekulativ sind. Derzeit werden diese regelmäßig nach unten korrigiert (vgl.

BirthStrike distanzierte sich Haraway von kolonial-rassistischen Implikationen einer Geburtenkontrollpolitik im Globalen Süden und wandte sich mit der Aufforderung, auf Kinder zu verzichten, an ein (allerdings nicht eindeutig verortetes) feministisches ›Wir‹. In ihren spekulativen, fiktionalen Szenarien eines besseren Lebens ließ sie so auch einige bisher diskriminierte Bevölkerungsgruppen von ihrem nicht-natalistischen Projekt aus. Die Botschaft hat jedoch einen zweideutigen Unterton: Einerseits schlägt Haraway vor, dass Menschen aus denjenigen Gruppen, die einem Genozid ausgesetzt waren, das Recht haben sollten, (mehr) Kinder zu bekommen (vgl. Haraway 2018: 75). Haraway bezieht diese Zahlenspiele nicht nur auf Menschen, sondern auch auf eine »speziesübergreifende ökologische und reproduktive Gerechtigkeit« (Haraway 2018: 68f). Und sie beansprucht, in ihrer spekulativen Strategie der Wissensproduktion das Konzept ›Bevölkerung‹ zu untersuchen und zu überarbeiten, statt es zu vermeiden. Allerdings bietet sie kein überzeugendes Argument an, wie sie die hochaggregierte, nicht situierte und unverbundene, rein statistische Menge von Menschen, die durch ›Bevölkerung‹ konstituiert wird, in etwas anderes überführen könnte. Vielmehr rekurriert sie an der einen oder anderen Stelle selbst auf typisch neomalthusianische Sprachbilder, wenn sie etwa vom »Druck der menschlichen Zahl auf die Erde« spricht (Haraway 2016: 136). Insofern widersprechen diese statistischen demografischen Tropen grundsätzlich Haraways Projekt: Dieses setzt sich generell für eine situierte, kontingente und relationale Wissensproduktion ein, die von der Verschränkung spezifischer Produktions- und Reproduktionsbeziehungen in ihren historischen und räumlichen Konstellationen ausgeht (vgl. Hoppe 2022: 393). Ihre diffuse Forderung nach einer Demografie, »die nach Zahlen-in-Welten auf nicht-malthusianischen Grundlagen fragt«, erkennt, dass demografische Rationalitäten grundsätzlich darauf basieren, zu reduzieren und zu isolieren (Haraway in Strathern u. a. 2019: 170). Anders als Pepino hat Haraway nicht auf die vielen warnenden feministischen Stimmen reagiert, die sie aufforderten, dieses gefährliche Spiel mit den Weltbevölkerungszahlen zu beenden (vgl. z.B. Lewis 2017; Sasser und Murphy in Strathern u. a. 2019). Haraway beharrte vielmehr auf ihrer Mission, ein Tabu zu brechen und erklärte, ihre Kritiker*innen handelten »ähnlich wie tiefgläubige Christ*innen in den USA, die den Klimawandel leugnen« (Haraway 2018: 87; Haraway in Strathern u. a. 2019: 169f).

Stöcker 2019; Schultz 2019b; Vollset u. a. 2020). Sie legte zudem mit der Zahl von 19 Mrd. Menschen bis 2100 eine eigene alarmistische Berechnung vor (Haraway 2018: 74).

Der Geist der ›Bevölkerung‹: Drei aufeinander verweisende Dimensionen

Inwiefern ähneln sich die dargestellten politischen Narrative und wie unterscheiden sie sich? Letzteren klimaaktivistischen und feministischen Positionen kann keine explizite kolonial-rassistische oder sozialdarwinistische Agenda vorgeworfen werden. Dennoch ist die Anknüpfung an den Diskurs der ›Bevölkerung‹ als politische Variable nicht unschuldig. Vielmehr ist sie in vielerlei Hinsicht in entsprechende Rationalitäten und Narrative eingebettet. Diese werden auch dann bestärkt, wenn der Zusammenhang zwischen Weltbevölkerung und Klimawandel hergestellt wird, ohne zu antinatalistischen Programmen im Globalen Süden aufzurufen.

Michelle Murphy hat in ihren Forschungen zu Nationalökonomie und Bevölkerungsstatistik rekonstruiert, dass das Konzept Bevölkerung nicht von Rassismus getrennt werden könne, da *race* seine »Grammatik« und sein »Geist« sei (Murphy 2017: 135). Ähnlich argumentiere ich im Folgenden, dass Strategien der Demografisierung, die soziale Krisen und Konflikte in Fragen der ›Bevölkerung‹ übersetzen, in vielerlei Hinsicht unvereinbar sind mit emanzipatorischen Projekten gesellschaftlicher Transformation, welche sich gegen globale Herrschaftsverhältnisse, kapitalistische Ausbeutung und soziale Ungleichheit einsetzen (vgl. Heim/Schaz 1996; Hummel 2000; Schultz 2015; Wilson 2017; Sasser 2018; Bhatia u.a. 2020). Entscheidend ist, dass sich drei Dimensionen der neomalthusianischen Problematisierung, die ich nun näher erläutern werde, aufeinander beziehen: Die erste Dimension sind abstrakte Zahlenspiele, in denen ›Bevölkerung‹ als isolierbare quantitative Variable konstruiert und in eine statistische Beziehung zu Ressourcenverbrauch oder Klimawandel gesetzt wird – wie es alle vorher genannten politischen Positionen tun. Die zweite Dimension ist die Projektion des so berechneten gegenwärtigen oder zukünftigen ›Überschusses‹ der Bevölkerung auf die ›Anderen‹, was von den vorgestellten feministischen und klimaaktivistischen Positionen mehr oder weniger deutlich abgelehnt wird. Drittens gehören zum neomalthusianischen Projekt auch (allerdings wiederum unterschiedliche) sozialtechnologische Visionen der Machbarkeit einer globalen oder nationalen Bevölkerungskontrolle.

›Bevölkerung‹ als statistische Apologie des Status quo

Zu einer kritischen Reflexion statistischer Wissensproduktion gehören zunächst vorweg einschränkende und klarstellende Bemerkungen zu den unverzichtbaren und wertvollen Aspekten statistischer Wissensproduktion. Selbstverständlich kommen gesellschaftskritische sozialwissenschaftliche Analysen nicht ohne statistische Daten aus, um den gesellschaftlichen und sozialökologischen Status quo zu verstehen. Es ist jedoch wichtig, sowohl die Produktionsbedingungen statistischen Wissens als auch die Erklärungskraft von Daten zu reflektieren und auch zu hinterfragen, welche Verdinglichungseffekte sie mit sich bringen. Abgesehen von diesen großen Fragen ist mein Anliegen hier aber auch ein Spezifischeres: Es konzentriert sich auf die Frage, welche Rationalitäten und Agenden gefördert werden, wenn statistische Berechnungen so ›aufgelöst‹ werden, dass ›Bevölkerung‹ darin zur wichtigsten Variable und zum zu verändernden und zu regulierenden Faktor wird.

Von ›Bevölkerung‹ als Krisenfaktor kann im Prinzip nur dann gesprochen werden, wenn die statistische Wissensproduktion von gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen ebenso abstrahiert wie von situierten sozial-ökologischen Zusammenhängen. Denn ein wichtiger Effekt demografisierender Rationalitäten ist, nicht über komplexe und veränderbare Re/Produktions-, Konsumptions-, Verteilungs- und Naturverhältnisse zu sprechen, sondern über voneinander isolierbare statistische Größen, die nach ihrer Isolierung voneinander als Faktoren rechnerisch aufeinander bezogen werden können. ›Bevölkerung‹ wird so zu einer austauschbaren abstrakten Größe neben anderen Faktoren (wie Ressourcen, Arbeitsplätze oder CO₂-Emissionen) und zum politischen Ausgangspunkt, um diese anderen Faktoren in einer Gleichung beeinflussen zu können (vgl. Hynes 1993). Eine Grundbedingung demografischer Krisennarrative ist entsprechend, dass der Faktor ›Bevölkerung‹ nur dann berechnet werden kann, wenn die anderen Faktoren und somit die gesellschaftlichen Verhältnisse als stabil gesetzt bzw. als unveränderlich in die Zukunft projiziert werden – zum Beispiel, wenn eine bestimmte stabile zukünftige CO₂-Emission pro Kopf in die Berechnung einbezogen wird. Indem Krisenphänomene statistisch mit der Zahl der Menschen korreliert werden, ihnen sozusagen statistisch an den Leib geheftet werden, entsteht eine auch als Apologie des Status quo zu bezeichnende tautologische Rationalität (vgl. Harvey 2001). Diese gefährliche Tautologie wurde etwa im alten anti-malthusianischen Slogan kritisch auf den Punkt gebracht: Bevölkerungskontrolle setzt den Kampf gegen die Armut mit dem

Kampf gegen die Armen gleich. Unter diesen Voraussetzungen wird bereits deutlich, dass eine Demografisierung gesellschaftlicher Krisenerzählungen explizit rechten und konservativen Vorstellungen dienlich ist, auch ohne kolonialrassistische oder sozialdarwinistische Narrative direkt zu bedienen. Für die Klimawandeldebatte sind diese Übersetzungen gesellschaftlicher Verhältnisse in demografische Faktoren folgenreich: Erstens korrespondiert die Vorstellung von der Weltbevölkerung als isolierbare Krisenvariable mit dem Konzept des Anthropozäns (vgl. Ojeda u.a. 2020). Diana Ojeda u.a. haben gezeigt, dass das ›Anthropozän‹ aufgrund seiner ahistorischen, entpolitisierenden, technokratischen und undifferenzierten Perspektive zu hinterfragen ist. Im Grunde interpretiert das Konzept die Menschheit in ihrer Gänze als zerstörerischen Faktor. Der ›Mensch‹ wird damit außerhalb von ›Natur‹ und gesellschaftlichen Machtverhältnissen verortet und der ungleiche Zugang zu Ressourcen ignoriert. Inzwischen zirkulieren in der Debatte aufgrund dieser Kritik Gegenbegriffe wie der des *racial capitalocene* oder des *plantationocene*, die nicht eine abstrakte Menschheit, sondern die Geschichte des Kolonialismus, extraktivistischer Plantagenökonomie und des kapitalistischen Weltsystems in den Mittelpunkt der Krisenerzählungen stellen (vgl. ebd.). Interessanterweise hat Haraway ebenfalls zur Verbreitung dieser Konzepte beigetragen, was ihr Engagement für einen neomalthusianischen Tabubruch umso unverständlicher macht (vgl. Haraway 2015). Fragen nach der Geschichte der zerstörerischen, auf Gewalt und extremer Ungleichheit basierenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse werfen grundlegend andere aktuelle politische Fragen auf als der Fokus auf eine zu reduzierende Anzahl von Menschen. Sozusagen entgegengesetzt verweisen diese Konzepte sogar auf die kontinuierliche Verbindung der Geschichte extraktivistischer ökologischer Zerstörung mit der Geschichte von Genozid, Landnahme, Vertreibung und Enteignung. Mit der Idee des Anthropozäns, Menschen an sich als zerstörerischen Faktor zu fassen, werden zudem Möglichkeiten und Utopien anderer, weniger zerstörerischer Naturverhältnisse und ökologischer Produktionsweisen ausgeblendet.

Darüber hinaus ist es zentral für diese statistische Rationalität, dass durch sie beliebig wird, ob politische Strategien gegen die Klimakrise an der (Nicht-)Existenz von Menschen ansetzen – oder an Konsummustern bzw. Produktionsweisen; schließlich sind diese Interventionsmöglichkeiten rechnerisch austauschbar. Im Grunde wird damit ein demokratisches Prinzip untergraben, nämlich nach Lösungen für alle zu suchen, die jetzt und hier auf diesem Planeten leben – ein Prinzip, das gegen die nekropolitischen Im-

pplikationen von Ansätzen steht, die die (zukünftige) Existenz von Menschen in Frage stellen.

Schließlich gibt es eine Kehrseite dieses statistischen Effekts der Totalisierung, also des Rekurses auf eine abstrakte Menschheit: nämlich den Effekt der statistischen Individualisierung von Problembeschreibungen. Letzterer kommt auch in statistischen Berechnungen zu den Auswirkungen von Konsum zum Ausdruck – wenn etwa der individuelle ökologische Fußabdruck oder CO₂-Ausstoß berechnet wird (vgl. Wynes/Nicholas 2017). Auch solche Berechnungen wirken entpolitisiert und enthistorisierend, wenn sie zum zentralen Ansatzpunkt werden und nicht in kritische Analysen der imperialen Lebensweise und in kollektive Suchbewegungen nach alternativen solidari-schen Lebensweisen eingebunden sind (vgl. Brand/Wissen 2017). Als isolierte Informationen sind sie nicht mehr als eine Verlängerung derjenigen statistischen Modelle, die aus Daten über den Status quo hervorgehen und in individualisierte Daten heruntergebrochen werden.

Rechnen mit der zu verhindernden zukünftigen Existenz der ›Anderen‹

Die zweite typische Operation des Neomalthusianismus ist die Zuschreibung des in der ersten Operation abstrakt berechneten quantitativen Bevölkerungsüberschusses an die ›Anderen‹. Im Folgenden werde ich argumentieren, dass diese Operation beides ist: Zum einen ist sie ein diskursiver Bruch, der allerdings unsichtbar wird, weil Neomalthusianer*innen nicht explizit argumentieren müssen, sondern sich auf tief verwurzelte Evidenzen aus den Archiven (post-)kolonialer rassistischer Vorstellungswelten beziehen können. Andererseits beruht diese Operation aber auch auf kohärenten statistischen Rationalitäten, die diese Externalisierung der ›Überbevölkerung‹ legitimieren.

Bis heute beschwört die Rede von einer problematischen Bevölkerungsdynamik sofort Bilder von nicht-weißen Menschenmassen im Globalen Süden hervor. Braune oder Schwarze Frauenkörper, die als nicht selbstbestimmt, nicht verantwortungsbewusst und als sich exzessiv vermehrend vorgestellt werden, bevölkern diese Imaginationen – und nicht Bilder von weißen männlichen Topmanagern oder Eliten, deren Sterilisation als sinnvolle ›Lösung‹ erschiene (selbstverständlich eine ebenso absurde Programmatik) (vgl. Wilson 2017; Hendrixson/Hartmann 2019). Dieses unhinterfragte kolonialrassistische und sexistische Otherring ist über Jahrzehnte in internationalen Bevölkerungsprogrammen gefestigt worden und tief in den Vorstellungswelten

von ›Entwicklungshilfe‹ verwurzelt. Die Imaginationen werden von entsprechenden Think Tanks unverblümt weiterverbreitet, etwa wenn sie von einem ›Jugendüberhang‹ sprechen (vgl. Angenendt/Popp 2013). Ganze Generationen junger Menschen, insbesondere junge Männer in afrikanischen Ländern, werden hier zur Bedrohung von Frieden und politischer Stabilität erklärt. Während dabei die ›anderen‹ jungen Männer das klassische rassistische Stigma der Kriminalisierung trifft, gilt für die ›anderen‹ jungen Frauen eher, dass sie als nicht selbstbestimmt und zu ihrem eigenen Wohl als schutzbedürftig dargestellt werden (vgl. Wilson 2017). Um diese neomalthusianischen Strategien des Othing nicht zu eindeutig als eine Politik mit zweierlei Maß erscheinen zu lassen, haben in den aktuellen multilateralen Bevölkerungsagenden nationale Altersstrukturen an Bedeutung gewonnen. Das Argument ist hier, dass ›alternde‹ oder ›schrumpfende‹ Nationen im Globalen Norden höhere Geburtenraten benötigen, um eine ausgeglichene Altersstruktur zu erreichen. Im Gegensatz dazu soll im Globalen Süden dafür gesorgt werden, dass die Geburtenraten sinken, um von der bereits erwähnten ›demografischen Dividende‹ zu profitieren. Anders ausgedrückt: Die jüngste Konzentration auf die Altersstruktur in den Bevölkerungsprogrammen dient dazu, ein ›neutrales‹ Kriterium einzuführen, um zu legitimieren, wer sich auf globaler Ebene reproduzieren sollte und wer nicht (vgl. Text Antinatalismus und Big Pharma in diesem Band).

Abgesehen von diesem spezifischen Rekurs auf Altersstrukturen ist die neomalthusianische Operation, gerade diejenigen zur ›Überbevölkerung‹ zu erklären, die am meisten vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind oder am wenigsten CO₂ verbrauchen, gleichzeitig auch durchaus im Sinne statistischer Rationalitäten kohärent.¹⁴ Eine klassische Argumentationslinie des *population establishment* lautet etwa: Während es im Globalen Norden Möglichkeiten gibt, die Klimakrise durch Konsumverzicht zu begrenzen, ist dies im Globalen Süden nicht möglich. Hier ist rein rechnerisch der entscheidende Hebel zur Erzielung quantitativer Effekte die Zahl der Menschen. Dieser statistische Effekt wird noch potenziert, wenn nicht nur aktuelle Daten wie der ökologische Fußabdruck, sondern auch die Ansprüche der Ausgeschlossenen auf Einbeziehung in den fossil-imperialen Lebensstil spekulativ berücksichtigt werden. Die gewaltsame Logik des Bevölkerungsdiskurses wird einmal mehr deutlich: Sobald zukünftig zu verhindernde Geburten zum ökolo-

14 Diese Operation gilt schon für die Entstehungsgeschichte, den Protest von Thomas R. Malthus gegen die Armenfürsorge im 18. Jahrhundert.

gischen oder ökonomischen Rechenfaktor werden und gefragt wird, wer (zukünftig) leben und wer nicht leben soll, kann es im Rahmen demografischer Rationalitäten durchaus als kohärent erscheinen, sich auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren. Wie bereits gezeigt, unterstützen die genannten emanzipatorischen Ansätze, die heute an den Bevölkerungsdiskurs andocken, explizit nicht diese Projektionen der ›Überbevölkerung‹ auf die ›Anderen‹. Dennoch mobilisieren sie genau diese Brutalität und Gleichgültigkeit statistischer Operationen, wenn sie an der ersten Dimension eines Rekurses auf einen isolierten Faktor ›Bevölkerung‹ festhalten. Denn ›Bevölkerung‹ kann nicht von diesen sozialdarwinistischen und rassistischen Implikationen getrennt werden, selbst wenn die vergeschlechtlichten rassistischen Bildsprachen, die die Geschichte der Bevölkerungskontrolle ohnehin bestimmen, zurückgewiesen werden.

Sozialtechnologische Machbarkeitsvisionen: Langzeitverhütung und ›generatives Verhalten‹

Der Rückgriff auf die statistischen Operationen der ›Bevölkerung‹ ist auch aus einem dritten Grund nicht unschuldig. Die Vorstellung einer abstrakten ›Überbevölkerung‹ ist eng mit der Annahme verbunden, dass die projizierte ›bessere‹ Entwicklung der Bevölkerungszahlen weltweit einfach machbar sei. Im Folgenden wird zunächst kurz auf die Folgen dieser Annahme eingegangen, nämlich auf sozialtechnologische, normative bis gewaltförmige Praktiken der versuchten Steuerung von Geburtenraten im Globalen Süden. Das Hauptaugenmerk liegt dann aber auf der Konstruktion dieser Machbarkeit selbst. Das Ziel, das Bevölkerungswachstum einzudämmen, hat einen starken Einfluss darauf, wie die aktuellen Familienplanungs- oder reproduktiven Gesundheitsprogramme im Globalen Süden institutionalisiert sind. Es gibt einen antinatalistischen Bias in der Art und Weise, wie diese Programme organisiert und ausgerichtet sind. Dies betrifft sowohl die normativen Grundlagen, die sich auf eine spezifische ›verantwortungsvolle‹ Ausformulierung reproduktiver Gesundheit und Rechte beziehen. Bereits im Aktionsprogramm von Kairo 1994 wird Verantwortung mit einer langfristigen biographischen Planung der Zeitpunkte, der Anzahl und der Abstände zwischen Geburten gleichgesetzt und eine solche reproduktive Lebensplanung als Inbegriff von Empowerment und Selbstbestimmung von Frauen dargestellt (vgl. Schultz 2006). Das entwicklungspolitische Ziel, die Geburtenraten zu senken, schlägt sich in vielfältigen quantitativen Kriterien nieder, wie etwa der zu er-

höhenden *contraceptive prevalence rate* (also der Zahl der Nutzer*innen ›moderner‹ Verhütungsmethoden) oder der zu erhöhenden *couple years of protection* (also die Anzahl der Jahre, die Paare Verhütungsmittel nutzen). Solche quantitativen Zielvorgaben führen weiterhin zu verschiedenen Formen repressiver Praktiken. So zeigt Leigh Senderowicz in einer Studie zu Familienplanungsprogrammen in mehreren subsaharischen afrikanischen Ländern, dass hier der Druck auf Frauen enorm hoch ist, sich Langzeitverhütungsmittel wie Hormonimplantate einsetzen zu lassen und es zu vielfältigen Einschränkungen selbstbestimmter Entscheidungsprozesse kommt – bis zu direktem Zwang. Sie schlussfolgert daraus: »Solche Ansätze der Familienplanung sollten beendet werden, die die Reproduktionsfähigkeit von Frauen für bestimmte gesellschaftliche Ziele instrumentalisieren und die deswegen quantitative Zielvorgaben in Verhütungsprogrammen fördern.« (Senderowicz 2019: 8) Ein wichtiges aktuelles Element dieser Entwicklungen ist die Wiederbelebung isolierter Familienplanungsprogramme, die im Rahmen von Public Private Partnerships zwischen der Gates Foundation, öffentlichen staatlichen Programmen und der Pharma-Industrie seit 2012 entstanden sind. Im Rahmen dieser Programme werden hormonelle Langzeitverhütungsmittel wie insbesondere Hormonimplantate vor allem in ländlichen Regionen vieler afrikanischer Länder gefördert (vgl. Wilson 2017; Bendix u.a. 2020; Britton u.a. 2021; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band).

All diese entmündigenden bis repressiven Praktiken sind die Auswirkungen eines programmatischen Fokus auf ›Bevölkerung‹, der davon ausgeht, dass diese ›Variable‹ prinzipiell, einfach und unabhängig von komplexen gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen durch sozialtechnologische Interventionen regiert werden kann. ›Bevölkerung‹ als Faktor zur Eindämmung der Klimakrise zu identifizieren, legt schließlich nahe und impliziert, Kinderkriegen als sozialtechnologisch isolierbar und steuerbar zu fassen. Dies wiederum verleitet dazu zu ignorieren, dass Kinderkriegen eine grundlegende Dimension des Sozialen ist, die in komplexe und situierte gesellschaftliche Verhältnisse und Beziehungen der Sexualität, der Körperlichkeit, der Gesundheit, der Sorgearbeit und in vielfältige Formen des Zusammenlebens weltweit eingelassen ist. Um das Kinderkriegen isoliert angehen zu können, braucht es demgegenüber individualisierende und quantifizierende Perspektiven auf ›Fertilität‹, ›Geburtenraten‹ bzw. ›Verhütungsmittelnutzer*innen‹ oder ›Paarschutzjahre‹. Die demografische Wissensproduktion bearbeitet dementsprechend einerseits technologische und logistische Fragen rund um die Entwicklung und Verbreitung von Verhütungs- oder Sterilisationsmethoden – und

andererseits behavioristische Ansätze zur Erklärung und Quantifizierung des individuellen ›reproduktiven‹ oder ›generativen Verhaltens‹ (vgl. Heitzmann 2017; McCann 2017). Auf der Grundlage sexistischer Zuschreibungen konzentrieren sich beide Forschungsschwerpunkte zudem in der Regel auf die als ›reproduktiv‹ gefassten Körper und Verhalten von Frauen, nicht von Männern.

Das Sprechen über ›Bevölkerung‹ ist also damit verbunden, das Kinderkriegen als ein individuelles Verhalten von Frauen (oder bestenfalls von Paaren) zu begreifen und auf dieser Grundlage nach Faktoren dieses Verhaltens zu suchen, um es sozialtechnologisch beeinflussen zu können. Die enorme Flut von Daten, die das *population establishment* in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem im Globalen Süden erhoben hat, dient genau dieser Vision, auch wenn die identifizierten statistischen Einflussfaktoren für das Kinderkriegen sich seitdem ständig verändert haben (vgl. Schultz 2006; Murphy 2017). Alle drei untersuchten politischen Kräfte mobilisieren solche sozialtechnologischen Perspektiven und Experimente, wenn sie vom Faktor ›Bevölkerung‹ sprechen; denn nur so eröffnen sich Visionen der Machbarkeit. Sie übergehen damit auch explizit oder implizit das Wissen darüber, dass das Kinderkriegen tief in gesellschaftliche, ökonomische und politische Verhältnisse eingebettet ist und sich davon nicht trennen lässt – und übergehen dementsprechend auch wichtige Erkenntnisse aus einer dekolonialen, materialistischen und queer-feministischen Forschung zu global heterogenen Sorgebeziehungen, Geschlechterregimen und Körperpolitiken. Der sozialtechnologische Zugriff auf das Kinderkriegen als quantitative Frage von Geburtenraten hat vielfältige entmündigende, schädliche und sogar gewaltsame Folgen. Dies betrifft und trifft insbesondere diejenigen sozialen Gruppen, an die sich seit langer Zeit repressive Sterilisations- oder Langzeitverhütungsprogramme richten und deren Mutter- bzw. Elternschaft als ›unverantwortlich‹ stigmatisiert wurde und wird.

Reproduktive Gerechtigkeit und Klimapolitik

Aus all diesen Gründen lässt sich das ›Weltbevölkerungsproblem‹ nicht trennen von einer entpolitisierenden statistischen Wissensproduktion, von sozialdarwinistischen und kolonial-rassistischen Narrativen und Rationalitäten sowie von sozialtechnologischen Visionen der Machbarkeit. Diese Dimensionen eines ökologischen Neomalthusianismus gelten nicht nur für explizit rassistische Varianten eines rechten Ökofaschismus, sondern durchdringen

auch scheinbar unpolitische technokratische Umweltprogramme und betreffen auch solche klimaaktivistischen und feministischen Programme, die einen Gebärstreik in den Dienst der Klimapolitik stellen wollen. Die politische Variable ›Bevölkerung‹ ist somit untrennbar mit dem neomalthusianischen Reflex verbunden und wirft einen nekropolitischen Schatten auf ökologische Politiken.

Für eine intersektionale feministische klimapolitische Agenda ist es insofern unerlässlich, den Rekurs auf ›Bevölkerung‹ radikal zu kritisieren, statt an die neomalthusianische Agenden anzudocken und sie damit auf die eine oder andere Weise zu verstärken. Ansatzpunkte dafür gibt es viele. Zum einen lohnt es sich, an eine lange Geschichte anti-malthusianischer feministischer, antirassistischer und antieugenischer Kämpfe anzuknüpfen. Erinnert sei etwa an den Slogan »People are not Population!«, wie er auf einer transnationalen feministischen Konferenz 1993 in Bangladesch formuliert wurde (E.Coli-bri 1994). Ein Jahr vor der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo hatten die Teilnehmenden damit ausdrücklich nicht nur konkrete Erfahrungen von Menschenrechtsverletzungen, sondern auch das Konzept der ›Bevölkerung‹ in Frage gestellt. Ebenso gibt es weltweit vielfältige Erfahrungen im Protest gegen antinatalistische und eugenische Programme – verbunden mit Forderungen danach, Kinder bekommen und unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen aufziehen zu können (vgl. Hartmann 1995; Schultz 2006; Kitchen Politics 2021a). All diese Bewegungen haben das Kinderkriegen aus einer intersektionalen Perspektive analysiert, schon lange bevor der Begriff der Intersektionalität akademisch etabliert wurde. In den letzten Jahren beziehen sich solche Bewegungen zunehmend auf das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit, wie es von Schwarzen Feminist*innen in den USA seit 1994 eingebracht wurde (vgl. Roberts 2015; Ross 2017; Kitchen Politics 2021a; siehe Text Epilog in diesem Band). Reproduktive Gerechtigkeit bietet sich als Rahmenkonzept an, um die selektiven und hierarchischen Konstellationen von pro- und antinatalistischer Politik auf globaler Ebene angehen zu können. Und es ermöglicht, über Fragen reproduktiver Gesundheitsversorgung hinaus einen Zusammenhang herzustellen zu weiteren wichtigen Dimensionen reproduktiver Politiken, wie Sozial-, Gesundheits-, Familien-, Migrations- und Staatsbürgerschaftspolitiken. Die Weiterentwicklung einer anti-malthusianischen Position ist für diesen Rahmen von zentraler Bedeutung. Ein Beispiel dafür ist etwa der transnationale »Erneute Aufruf zum feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle« anlässlich der UN-Konferenz zu Kairo+25 2019 in Nairobi (Kitchen Politics 2021b). Andererseits

bieten Konzepte der Politisierung und Radikalisierung in den aktuellen Klimabewegungen selbst eine Vielzahl von Ansatzpunkten gegen neomalthusianische Bezüge und Vereinnahmungen. Auch hier ermöglicht es der Rekurs auf soziale Gerechtigkeit, wie er im Begriff der Klimagerechtigkeit verankert ist, technokratische statistische Problemformulierungen zu hinterfragen und zu unterlaufen (vgl. Klein 2019b). Die weit verbreitete Forderung »System Change not Climate Change!« legt es schließlich nahe, nach alternativen sozioökologischen Modellen des zukünftigen globalen Zusammenlebens zu suchen statt bei zu verhindernden Geburten anzusetzen. Zudem sind auch viele von Haraways spekulativen Visionen situierter sozioökologischer Verwandtschaftsbeziehungen mögliche Anknüpfungspunkte, die im Widerspruch zu ihren eigenen bevölkerungspolitischen Visionen stehen: »Vielmehr verstehen die Kompost-Gemeinschaften ihre Aufgabe darin, die Kunst des Lebens mit und für beschädigte Welten an Ort und Stelle zu kultivieren und zu erfinden, nicht als *Abstraktion* oder als *Typus*, sondern als diejenigen und für diejenigen, die an zerstörten Orten leben und sterben.« (Haraway 2016: 143; Hervorh. d. A.) Und nicht zuletzt mag die gestiegene Sensibilität für nekropolitische Dimensionen globaler Pandemiepolitiken zu den Fragen, wer geschützt, geimpft und versorgt wird und wer nicht, dazu beitragen, eine intersektionale feministische Opposition gegen jene Reproduktionspolitiken zu stärken, die auf ebenso einseitige Weise definieren, welche und wessen Geburten verhindert werden sollen, um den gegenwärtigen globalen Status quo zu erhalten.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland) 2016: Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Partei Alternative für Deutschland, 30.4./1.5.2016, <https://www.afd.de/> (Zugriff 11.4.2022).
- Angenendt, Steffen/Silvia Popp (Hg.) 2013: Jugendüberhang. Entwicklungspolitische Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Bendix, Daniel/Ellen E. Foley/Anne Hendrixson/Susanne Schultz 2020: Targets and Technologies. Sayana Press and Jadelles in Contemporary Population Policies, in: *Gender, Place & Culture* 27(3): 351-369.
- Bhatia, Rajani/Jade S. Sasser/Diana Ojeda/Anne Hendrixson/Sarojini Nadimpally/Ellen E. Foley 2020: A Feminist Exploration of »Populationism«. En-

- gaging Contemporary Forms of Population Control, in: *Gender, Place & Culture* 27(3): 333-350.
- BIBE (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung) 2020: Wachstum gut, alles gut? Warum Afrikas Wirtschaftswachstum seine demografische Herausforderung nicht löst, <http://www.berlin-institut.org/> (Zugriff: 19.2.2022).
- BirthStrike 2020: Public Announcement. Grieving Parenthood in the Climate Crisis, <http://www.birthstrikeforfuture.com/> (Zugriff: 3.9.2020).
- Bongaarts, John/Brian C. O'Neill 2018: Global Warming Policy. Is Population Left Out in the Cold?, in: *Science* 361(6403): 650-652.
- Botsch, Gideon/Christoph Kopke 2018: Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Juliana Lang/Ulrich Peters (Hg.): *Antifeminismus in Bewegung*, Hamburg: Marta-Press, 63-90.
- Brachet, Julian 2020: Book Review of *The Scramble for Europe: Young Africa on Its Way to the Old Continent*, in: *The Black Scholar* 50(1): 73-76.
- Brand, Ulrich/Markus Wissen 2017: *Imperiale Lebensweise*, München: Oekom.
- Britton, Laura/Caitlin R. Williams/Dickens Onyango/Deborah Wambua/Katherine Tumlinson 2021: »When It Comes to Time of Removal, Nothing Is Straightforward«. A Qualitative Study of Experiences with Barriers to Removal of Long-Acting Reversible Contraception in Western Kenya, in: *Contraception*: X, 22.3.2021, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov> (Zugriff: 11.4.2022).
- Brunschweiler, Vera 2019: *Kinderfrei statt kinderlos. Ein Manifest*, Marburg: Büchner.
- Darby, Luke 2019: What Is Eco-Fascism, the Ideology Behind Attacks in El Paso and Christchurch?, in: *GQ*, 7.8.2019, <https://www.gq.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- E.Coli-bri 1994: Declaration of People's Perspectives on »Population« Symposium, 12.-15.12.1993 in Comilla/Bangladesh, dokumentiert in: E.Coli-bri – Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie 1994(9/10): 13-16.
- Ehlerding, Susanne 2019: Klimawandel und Bevölkerungswachstum, in: *Tagesspiegel*, 7.8.2019, <https://www.tagesspiegel.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Ehrlich, Paul R. 1968: *The Population Bomb*, New York: Ballantine Books.
- Ehrlich, Paul/Anne Ehrlich 2009: The Population Bomb Revisited, in: *The Electronic Journal of Sustainable Development* 1(3): 63-71.

- Fiedler, Maria/Robert Kieser 2019: AfD-Jugend entdeckt das Klima, in: Tagesspiegel, 28.5.2019, <https://www.tagesspiegel.de/> (Zugriff: 8.2.2021).
- Foucault, Michel 1991: Governmentality, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf, 87-104.
- Gesang, Bernward 2014: Einleitung, in: ders. (Hg.): *Kann Demokratie Nachhaltig sein?* Wiesbaden: Springer VS, 13-15.
- Gesang, Bernward 2022: Gebärtstreik als Klimaschutz-Maßnahme, in: taz, 18.3.2022, <https://taz.de/> (Zugriff: 19.3.2022).
- Haas, Michaela 2019: Aussterben ist keine Lösung. Oder doch?, in: Süddeutsche Zeitung, 16.3.2019, <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Haraway, Donna 2015: Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin, in: *Environmental Humanities* 6(1): 159-165.
- Haraway, Donna 2016: *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene*, Durham: Duke University Press.
- Haraway, Donna 2018: Making Kin in the Chthulucene: Reproducing Multi-species Justice, in: Adele Clarke/dies. (Hg.): *Making Kin, not Population*, Chicago: Prickly Paradigm, 67-100.
- Hartmann, Betsy 1995: *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*, Boston: South End Press.
- Hartmann, Betsy/Elizabeth Barajas-Román 2009: The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist, in: *Women in Action* 2009(2): 70-78.
- Harvey, David 2001: *Population, Resources and the Ideology of Science*, in: ders.: *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*, Edinburgh: Edinburgh University Press, 38-67.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz 1996: *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung: Kritik einer Debatte*, Berlin: Schwarze Risse.
- Heitzmann, Daniela 2017: *Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis*, Bielefeld: transcript.
- Hendrixson, Anne/Betsy Hartmann 2019: Threats and Burdens. Challenging Scarcity-Driven Narratives of ›Over-Population‹, in: *Geoforum* 101(1): 250-259.
- Hoppe, Katharina 2022: *Die Kraft der Revision. Epistemologie, Politik und Ethik bei Donna Haraway*, Frankfurt/M: Campus.
- Hummel, Diana 2000: *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*, Opladen: Leske & Budrich.

- Hunt, Elle 2019: BirthStrikers. Meet the Women Who Refuse to Have Children Until Climate Change Ends, in: *The Guardian*, 12.3.2019, <https://www.theguardian.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Hynes, Patricia 1993: Taking Population Out of Equation, North Amherst, <http://www.readingfromtheleft.com/PDF/IPAT-Hynes.pdf> (Zugriff: 20.2.2022).
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) 2014: Climate Change Synthesis Report. Summary for Policy Makers, <https://www.ipcc.ch/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kellershohn, Helmut 2017: Die neue Rechte, in: Duisburger Institut für Sozial- und Sprachforschung, 17.7.2017, <http://www.diss-duisburg.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kissling, Frances/Jotham Musinguzi/Peter Singer 2018: Opinion: Talking about Overpopulation Is Taboo. That Has to Change, in: *Washington Post*, 18.6.2018, <https://www.washingtonpost.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kitchen Politics (Hg.) 2021a: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.
- Kitchen Politics 2021b: Ein erneuter feministischer Aufruf zum Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle, in dies. (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage, 125-134.
- Klein, Naomi 2019a: Ecofascism. Naomi Klein Warns the Far Right's Embrace of White Supremacy Is Tied to Climate Crisis. Interview By Amy Goodman and Juan González, in: *DemocracyNow*, 17.9.2019, <https://www.democracynow.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Klein, Naomi 2019b: On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal, New York: Simon & Schuster.
- Lewis, Sophie 2017: Chutlu Plays No Role for Me, in: *Viewpoint Magazine*, 8.5.2017, <https://viewpointmag.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Lemke, Thomas 2007: An Indigestible Meal? Foucault, Governmentality, and State Theory, in: *Distinktion* 8(2): 43-64.
- Marguier, Alexander 2016: Fluchtursachen. Weniger Geburten für weniger Radikalisierung, in: *Cicero*, 27.12.2016, <https://www.cicero.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Malthus, Thomas R. 1998: An Essay on the Principle of Population [1798], London: Electronic Scholarly Publishing Project.
- McCann, Carole R. 2017: Figuring the Population Bomb. Gender and Demography in the Mid-Twentieth Century, Seattle: University of Washington Press.

- Meadows, Donella/Dennis L. Meadows/Jorgen Randers/William W. Behrens 1972: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Monbiot, George 2020: Population Panic Lets Rich People off the Hook for the Climate Crisis They are Fuelling in: *The Guardian*, 20.8.2020, <https://www.theguardian.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Müller-Jung, Joachim 2018: Ein Tabu brechen. Bevölkerungswachstum begrenzen, in: *FAZ*, 16.9.2018, <https://www.faz.net> (Zugriff: 11.4.2022).
- Murphy, Michelle 2017: *The Economization of Life*, Durham: Duke University Press.
- Murtaugh, Paul A./Michael G. Schlax 2009: Reproduction and the Carbon Legacies of Individuals, in: *Global Environmental Change* 19(1): 14-20.
- Ojeda, Diana/Jade S. Sasser/Elizabeth Lunstrum 2020: Malthus's Specter and the Anthropocene, in: *Gender, Place & Culture* 27(3): 316-332.
- Population Matters 2019: Are We Getting Through?, 29.5.2019, <https://populationmatters.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Posener, Alan 2019: Klimawandel. Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?, in: *Die Welt*, 23.7.2019, <https://www.welt.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Quarks 2019: Wie klimaschädlich sind Kinder wirklich?, <https://www.quarks.de/> (Zugriff: 19.3.2022).
- Rainer, Bettina 2005: *Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ripple, William J. u.a. 2017: Worlds Scientists' Warning to Humanity. A Second Notice, in: *Bioscience* 67(12): 1026-1028.
- Roberts, Dorothy 2015: Reproductive Justice, Not Just Rights, in: *Dissent* 2015 (Herbst), <http://www.dissentmagazine.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Ross, Loretta J. 2017: Reproductive Justice as Intersectional Feminist Activism, in: *Souls* 19(3): 286-314.
- Sasser, Jade 2018: *On Infertile Ground. Population Control and Women's Rights in the Era of Climate Change*, New York: New York University Press.
- Schultz, Susanne 2006: Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation Internationaler Bevölkerungspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne 2010: Redefining and Medicalizing. NGOs and Their Innovative Contributions to the Post-Cairo-Agenda, in: Mohan Rao/Sarah Sexton (Hg.): *Markets and Malthus. Population, Gender, and Health in Neo-Liberal Times*, Los Angeles: Sage, 173-215.

- Schultz, Susanne 2015: Reproducing the Nation: The New German Population Policy and the Concept of Demographization, in: *Distinktion* 16(3): 337-361.
- Schultz, Susanne 2019a: Bevölkerungspolitische Querfront, in: *Gen-ethischer Informationsdienst* 251: 36.
- Schultz, Susanne 2019b: Demographic Futurity. How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany, in: *Environment and Development D. Society and Space* 37(4): 644-662.
- Senderowicz, Leigh 2019: ›I Was Obligated to Accept‹: A Qualitative Exploration of Contraceptive Coercion, in: *Social Science & Medicine*, Oktober 2019, <https://www.sciencedirect.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Smith, Stephen 2018: *Nach Europa! Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent*, Berlin: fotoTAPETA.
- Stöcker, Christian 2019: Bevölkerungsexplosion fällt aus, in: *Spiegel*, 23. 6.2019, <https://www.spiegel.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Strathern, Marilyn/Jade Sasser/Adele Clarke/Ruha Benjamin/Kim Tallbear/Michelle Murphy/Donna Haraway 2019: Forum on Making Kin Not Population. Reconceiving Generations, in: *Feminist Studies* 45(1): 159-172.
- UNFPA (United Nations Population Fund) 2016: *Climate Change* <https://www.unfpa.org/climate-change> (Zugriff: 20.2.2022).
- Vollset, Stein Emil/Emily Goren/Chun-Wei Yuan/Jackie Cao/Amanda E. Smith u.a. 2020: Fertility, Mortality, Migration, and Population Scenarios for 195 Countries and Territories from 2017 to 2100, in: *Lancet* 396(10258): 1285-1306.
- Ware, Joe/Katherine Kramer 2019: *Hunger Strike. The Climate and Food Vulnerability Index*, Christian Aid, <https://www.christianaid.org.uk/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Wilson, Kalpana 2017: Re-centring ›Race‹ in Development. Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs, in: *Globalizations* 14(3): 432-449.
- Wire, Thomas 2009: Fewer Emitters, Lower Emissions, Low Cost. Reducing Future Carbon Emissions by Investing in Family Planning, http://www.srrh-rhr-ask-us.org/wp-content/uploads/2017/06/Wire_2009_ReducingEmissionsbyFP-2.pdf (Zugriff: 20.2.2022).
- Wynes, Seth/Kimberley Nicholas 2017: The Climate Mitigation Gap. Education and Government Recommendations Miss the Most Effective Individual Actions, in: *Environmental Research Letters* 12(7): 1-10.

Zeit 2019: Schalke-Chef verstört mit rassistischer Äußerung, in: Zeit, 2.8.2019:
<https://www.zeit.de/> (Zugriff: 19.2.2022).

